

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Kadernowald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beu er, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 155

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Samstag, den 5. Juli

Er erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beiliegen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

Der französisch-belgische Bahnschutz wird in den nächsten Tagen dem Saargebiet zurückgezogen werden.
* Der Präsident von Hindenburg ist von seinem Urlaubsaufenthalt in Reudel wieder nach Berlin zurückgekehrt.
* Die Ausschreitungen gegen ehemalige Separatisten im Rheinland haben sich auch in Wiesbaden fortgesetzt.
* Im Ruhr-Eisenbahnprojekt wurde der Lokomotivführer Nordhaus freigesprochen, der Fahrdisleiter Fischer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Steuern! Steuern!

Das Tagesgespräch. — Steuerrückstände. — „Wir werden das Kind schon schaukeln.“ — Das Bantgeheimnis.

Selbstverständlich ist heute das Hauptgesprächsthema zu Hause und am Stammtisch vor allem die Frage. Aber wenn dieser ergiebige Gesprächsstoff nach allen Längen, Breiten und Graden erledigt ist, dann kommen gleich als nächster die Steuern dran. Nicht etwa bloß deswegen, weil dieses „Kapitel“ auch Hauptberufungsstoff im Reichsrat und demnächst auch im Reichstag ist, sondern, weil man, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, die Forderungen des „zuständigen Finanzamtes“ scharfer als je zu verspüren kriegt — weil nämlich der Reichsfinanzminister darauf drängt, daß der Steuerzahler seinen Verpflichtungen auch wirklich nachkommt. Denn am 1. April 1930 waren nicht weniger als 532 Millionen im „Steuerrückstand“ und ein Drittel davon, etwa 180 Millionen, waren nicht gestundet, müssen also aller Voraussicht nach vom Reichsfinanzminister „abgeschrieien“ werden. Und die restlichen 350 Millionen sind zum großen Teil das, was man im geschäftlichen Leben als „dubiose Forderungen“ zu bezeichnen pflegt. Allerdings ist — wenigstens für die Reichskasse — dabei betrüblich, daß die Steuerrückstände jetzt nicht unbedeutend höher sind als im vergangenen Jahre; sie betragen gerade 100 Millionen mehr als am 1. April 1928. Befremdlich muß man ja für die Steuerföndung dem Finanzamt noch Zinsen zahlen, und es ist durchaus zu verstehen, daß angesichts der Herabsetzung des Zinsfußes bei der Reichsbank nun auch verlangt wird, daß die Finanzämter dem Steuerpflichtigen eine entsprechend niedrigere Zinslast auferlegen. Wobei man übrigens nicht ganz daran vorbegehen kann, daß der Fiskus keinen Pfennig dafür bezahlt, wenn der Steuerzahler mehr entrichtet hat, als er verpflichtet ist! Das kommt nämlich auch vor, z. B. bei der Körperschaftsteuer, aber der Fiskus denkt nicht daran, nun seinerseits für die zuviel bezahlten Beträge eine Zinsvergütung zu gewähren.

Natürlich wird die selbstverständliche Abneigung jedes Staatsbürgers, Steuern bezahlen zu sollen, den Reichstag kaum daran hindern, den Steuererhöhungsverschlüssen der Regierung zuzustimmen. Der Reichsrat hat es schon getan und nur wenige Stimmen lehnten ab. Nun zerbricht man sich den Kopf, welches Schicksal die Vorlage dann im Reichstag haben wird. „Qui vivra, verra“ sagt der Franzose und in unser geliebtes Deutschland kann man das vielleicht auf echt Berlinisch übersetzen mit: „Wir werden das Kind schon schaukeln.“ Das Kabinett Brüning hat die neue Vorlage als unumgänglich notwendig erklärt und betrachtet sie auch als Zwangsgebot. Von einem Regieren mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung war auch nicht die Rede und daher darf man wohl annehmen, daß die Regierung, von irgendwelchen parteipolitischen „Komplexen“ nicht irgendwie gehemmt, im Reichstag nach rechts oder links greifen wird, wo immer sie eine Mehrheit findet. Ob rechts oder links — nun, es darf doch nicht vergessen werden, daß im Reichsrat die preussischen Regierungsvertreter es waren, die vor einiger Zeit das Deckungsprogramm Dr. Molkenhauers zu Fall brachten, diesmal aber den Vorschlägen seines Nachfolgers zum Sieg verhelfen! Wenn andererseits im Reichstag bei der Endentscheidung über das Dietrich-Brüning-Programm die Deutschnationalen wirklich geschlossen nein sagen, dann dürfte der Schwerpunkt des Kabinetts zweifellos nach links verlegt werden, sogar verlegt werden müssen, damit das Kabinett Brüning über eine einigermaßen zuverlässige parlamentarische Mehrheit verfügt. Allerdings weiß man heute zweierlei noch nicht: Wie werden bei dieser Endentscheidung die Vorschläge wirklich ausfallen und wie wird die Verknüpfung des Stillschließungsprogramms mit der Staatsbewilligung einschließlich der neuen Steuergesetze auf die Stimmenabgabe der Reichstagsabgeordneten wirken?

Nun hat man die natürliche Abneigung gegen das Steuerzahlen, die sich mit jeder Steuererhöhung noch steigern wird, dadurch bekämpfen wollen, daß man über die Banken die Auskunftsspflicht den Steuerbehörden gegenüber verhängte. Das als unmittelbare Folge die große Kapitalflucht zeitigte. Schön und steuermoralisch ist's ja nicht, — aber verständlich, daß die Banken die absolute Wiederherstellung des Bantgeheimnisses verlangen, um den Hauptgrund für jene Kapitalflucht aus der Welt zu räumen. Gewiß bedeutet es eine gewisse Erleichterung, daß einem neuen Gesetzesentwurf zufolge der Erlaubniszwang bei Depot- und Depositenkonten durch eine Anmeldeverpflichtung ersetzt werden soll, aber gleichzeitig damit sollen der Behörde ausgedehntere Prüfungs- und unbedingte Auskunftsrechte gewährt werden. Das hat gewiß keine wohlberedigten Gründe, vor allem dort, wo

Schwierige Saarverhandlungen

Um die Saargruben.

Unmögliche Forderungen Frankreichs.

Bei den in Paris geführten Verhandlungen über die Saarfrage sind gewisse Schwierigkeiten aufgetreten, die es nicht ausschließen, daß eine Vertagung der Verhandlungen für einige Zeit eintritt. Die aufgetauchten Schwierigkeiten beziehen sich vor allem auf die Kohlenfrage. Die Verhandlungen wurden zwischen der deutschen und der französischen Regierung eingeleitet während der ersten Haager Konferenz, sie sind seither ununterbrochen fortgeführt worden durch deutsche und französische Unterhändler in Paris, haben aber bisher zu keiner Verständigung geführt, weil die französische Regierung die Bedingung stellte, daß das Eigentum an den Saargruben zwischen Deutschland und Frankreich geteilt werde. Da dieses Ansuchen von Berlin abgelehnt wird, die französische Regierung aber kein Entgegenkommen zeigt, werden die deutschen Unterhändler in den nächsten Tagen wahrscheinlich von Paris abreisen. Berlin steht auf dem Standpunkt, daß die Gruben wieder in den preussischen bzw. bayerischen Staatsbesitz zurückgegeben werden.

Deutscherseits ist man nicht mit allzu großen Hoffnungen in die Verhandlungen gegangen, die eine Abkürzung der vertragmäßigen Frist der Ausnutzung der Saargruben durch Frankreich und den Verzicht auf die Abstimmung im Saargebiet bringen sollen. Diese Abstimmung soll nach dem Versailler Vertrag im Januar 1935 stattfinden, und auch in Frankreich glaubt kein Mensch mehr daran, daß das Ergebnis dieser Abstimmung anders ausfallen könnte wie, als Bekanntnis des Saargebietes zu Deutschland. Nach dem Versailler Vertrag müßte dann Deutschland die Eigentumsrechte

Frankreichs an den im Saargebiet liegenden Gruben im ganzen zu einem in Gold zahlbaren Preise zurückkaufen. Dieser Preis würde durch eine Kommission von Sachverständigen festgesetzt, die aus je einem Vertreter Deutschlands, Frankreichs und des Völkerbundes besteht. Wie hoch sich dieser Kaufpreis belaufen wird, kann schon jetzt ungefähr gesagt werden, da die Reparationskommission den Wert der Saargruben mit etwa 250 Millionen Goldmark angesetzt hat.

Sosehr es also von deutscher Seite zu wünschen wäre, daß Deutschland nach dem Abmarsch der Besatzungstruppen auch die volle Souveränität über das Saargebiet, in dem jetzt der Völkerbund regiert, erhält, so können die deutschen Unterhändler doch die arroganten Forderungen des französischen Partners nicht annehmen. Und auch Frankreich muß sich sagen, daß, wenn jetzt keine Einigung zustande kommt, es höchstens das erhalten dürfte, was der Vertrag von Versailles vorgesehen hat.

Der „Bahnschutz“ rückt ab.

Auch die Besatzung des Saargebietes verschwindet.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird der belgisch-französische Bahnschutz schon in aller nächster Zeit aus dem Saargebiet zurückgezogen werden.

Es handelt sich um etwa 400 Soldaten, die den Schutz der Bahnverbindungen zwischen dem Saargebiet und dem besetzten Gebiet aufrechterhalten sollten. Da das Rheinland geräumt worden ist, ist auch dieser Bahnschutz überflüssig geworden. Über den genauen Zeitpunkt der Zurückziehung ist noch nichts bekannt, doch wird sich die Saar-kommission in den nächsten Tagen damit beschäftigen.

sich Kauf-, Bau- oder sonstige Zweckspartassen austun, die, häufig genug noch mit dem Firmenschild „gemeinnützig“ versehen, den kleinen und mittleren Sparer gewinnen und — seine Sparspennige nur allzuoft verlieren lassen. Aber es bleibt hinsichtlich des Steuerzahlens in Deutschland — wohl nicht nur in Deutschland — auch jetzt noch wahr, was vor zehn Jahren schon ein durchaus nicht deutschfreundlicher Politiker äußerte: „Das deutsche Steuersystem ist eine Einkommens- und Vermögenskonfiskation, gemildert durch — Steuerhinterziehung.“ Dr. Br.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Der Reichspräsident wieder in Berlin.

Reichspräsident von Hindenburg ist mit dem fahrbahnfähigen Zuge von Deutsch-Eylau nach Berlin zurückgekehrt. Bevor der Reichspräsident seinen Stammsitz Reudel verließ, veranstalteten seine Gutsarbeiter zum Abschied einen Fackelzug.

Milchgesetz und Weingesez.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beendete die erste Lesung des Milchgesetzes, das mit Mehrheit angenommen wurde. Hierauf wandte sich der Ausschuss der allgemeinen Aussprache über das Weingesez zu. Zur Einzelberatung überwiegt er das Gesetz einem Unterausschuss, zu dem je ein Vertreter der Fraktionen gehören soll, die Sozialdemokratie ist durch zwei Mitglieder vertreten. In der allgemeinen Aussprache wurde der Gesetzesentwurf im Interesse der Winger, des Weinhandels, des Gastwirtschafts und der Verbraucher begrüßt und gefordert, daß seine Verabschiedung noch vor der Sommerpause des Reichstages erfolgen möge.

Die Absplittterung bei den Nationalsozialisten.

Zu der Absplittterung in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veröffentlicht die nationalsozialistische Reichstagsfraktion folgende Erklärung: „Entgegen anderslautenden Gerüchten und Pressmeldungen erklärt die gesamte Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, daß sie geschlossen hinter der Führung Adolf Hitlers steht und sich in fester Disziplin der Parteiorganisation einordnet.“ Gleichzeitig hat der Abgeordnete Gregor Straffer eine Erklärung abgegeben, in der er von der abgesplitterten Gruppe und seinem Bruder Otto Straffer abtrifft.

Frankreich.

Die französischen Arbeiter gegen die Sozialversicherung.

Die Durchführung der Sozialversicherung stößt bei der französischen Arbeiterpartei auf heftigsten Widerstand. Das Sozialversicherungsgesetz, das am 1. Juli in Kraft trat, machte sich für die Arbeiter insofern unangenehm bemerkbar, als ihnen zum erstenmal der Versicherungsbeitrag abgezogen wurde. Ein Teil der Arbeiterpartei hat deshalb sofort Lohnverhöhungen gefordert, die den für die Versicherung zu zahlenden Beiträgen gleichkommen. Infolge der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber haben in verschiedenen Städten die Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Aus In- und Ausland

Wien. Papst Pius XI. hat dem Bundeskanzler Schober das Großkreuz des Pius-Ordens verliehen.

Romano. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der deutsche Pfarrer Koch in Odesa wegen angeblicher sowjetfeindlicher Umtriebe zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Außerdem wird Pfarrer Koch nach Sibirien verbannt.

London. Der Staatssekretär für Indien teilt auf eine Anfrage hin mit, daß in Indien seit Beginn des Unabhängigkeitskampfes 3302 Personen verhaftet worden seien.

Stettin. Der Pommerische Landbund hat an den Reichstanzler, den Reichsernährungsminister und den Minister für die besetzten Gebiete ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Begrenzung der Döhlse auf Pommern östlich der Oder Stellung genommen und dringend die Einbeziehung von ganz Pommern gefordert wird.

Königswinter. Vorstand und Hauptausschuss des Preussischen Landgemeindetages West traten zur Neuwahl des Geschäftsführers des Preussischen Landgemeindetages West zusammen. Gewählt wurde einstimmig der bisherige Beigeordnete Dr. Joseph Göb.

Was wird mit dem Reichswirtschaftsrat?

Kleine Vorlagen im Reichstag.

Berlin, 4. Juli.

Wenn es auf die Ziffer der erledigten Punkte anläßt, verdienen die in der heutigen Sitzung des Reichstages anwesenden Abgeordneten unbedingt die Jenzur „sehr gut“, obwohl nicht zu verkennen war, daß bei der Tropenhitze mehr als einer der Herren sehnsüchtige Blicke in die Ferne richtete, von wo ihm die Fata Morgana waldumrauschte hüble Täler und plätschernde Wasserbetten vorgugaukeln schienen.

Abkommen mit fremden Ländern, Berechtigung zur Strafverfolgung unbemächtigter Volksboten, Berichte über Finanzsachen und ähnliche, jedoch allesamt nicht erhebliche Dinge wurden reichlich erledigt. Erst gegen Abend kam man an ein einigermaßen wichtiges Objekt, die Beratung über Einrichtung des endgültig zu begründenden Reichswirtschaftsrates. Dabei begann die Flut der Reden reichlicher zu fließen, so daß man nicht ersehen konnte, ob es heute noch ein Ende damit nehmen würde. Der Gegenstand verdient wohl gründliche und bedächtige Prüfung.

Sitzungsbericht.

(191 Sitzung.) OB. Berlin, 4. Juli.

Der Ausschussberatung überweist das Haus bei der Sitzungseröffnung das deutsch-schweizerische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen, weiter das internationale Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche und das vorläufige Handelsabkommen mit Ägypten. — In bezug auf die

Strafverfolgung von Abgeordneten

schlägt der Geschäftsordnungsausschuss vor, die Immunität von Abgeordneten in vierzehn Fällen aufzuheben. Im wesentlichen handelt es sich um Beleidigungsklagen gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Göbbels, Straffer, Wagner, Feder und die kommunistischen Abgeordneten Scheller, Gesele, Pappe und Neppschläger. Gegen den sozialistischen Abg. Dr. Leber soll ein Privatklagenverfahren eröffnet werden, ferner ein Strafverfahren gegen den Gauleiter Brüderner-Oberkötter, und zwar wegen Beleidigung des Reichstages. Gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten werden die Anträge des Ausschusses angenommen.

Der Gesetzesentwurf über die Pauschalierung der Verwaltungskostenzuschüsse für Gemeinden mit größeren Reichsbahn- und Reichspostbetrieben wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso eine Entschädigung, nach der in den Ausführungsbestimmungen klargestellt werden soll, daß auch Gemeinden, in denen Betriebe der Wehrmacht, z. B. Landwirtschaftsbetriebe der Remontämter u. ä., liegen, einen Rechtsanspruch zur Besteuerung haben. Der Gesetzesentwurf über die

Vorföhrung ausländischer Bildstreifen

kommt nunmehr zur zweiten Beratung. Er ermächtigt die Reichsregierung, nach Ablauf des Kontingentschutzes zur Wahrung der kulturellen Interessen im deutschen Lichtspiel-

wesen mit Zustimmung des Reichsrats und des Bildungsausschusses des Reichstages besondere Bestimmungen zu treffen. Es entwickelt sich eine längere Debatte, in der der kommunistische Abg. Maslowitz dagegen protestiert, daß durch Zensur russische künstlerisch wertvolle Filme vom deutschen Markt verdrängt werden sollen. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen mit der Andeutung, daß sie nicht, wie anfänglich projektiert, bis 1930, sondern bis Ende 1931 läuft. Der Gesetzentwurf über Erhebungen zur Frage der

Besteuerung öffentlicher Betriebe

ruft eine längere Debatte hervor. Der Kommunist Ende sagt, die Gemeinden sollten hier selbst die Striche liefern, mit denen sie nachher steuerpolitisch gehängt werden. Abg. Dr. Steiniger (Deutschnational) weist auf die schlechte Lage der Berliner städtischen Betriebe hin, die vom Großkapital bedroht seien. Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Die Sozialdemokraten werden sich mit allen Mitteln einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe widersetzen. Dem vorliegenden Gesetzentwurf können sie zustimmen, da die Prüfungen das beste Material gegen die Zweckmäßigkeit einer solchen Besteuerung liefern werden. Abg. Bude (Wirtschaftspartei): Die Besteuerung der öffentlichen Betriebe ist durchaus gerechtfertigt. Dann werden diese Betriebe, ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Privatwirtschaft zu beweisen haben. Die Vorlage wird darauf dem Steuerausschuß überwiesen.

Eine Ausschußentschließung wird angenommen, nach der mit Beschleunigung

die Befastigung der Straßen durch schwere Kraftwagen eingeschränkt werden soll. Ein Gesetzentwurf wird verlangt über neuentliche Regelung des Erlasses der durch Kraftwagen verursachten Schäden. Auf die Rhein-Main-Donau-A.-G. soll eingewirkt werden, damit die Main-Kanalisation von Aschaffenburg bis Würzburg in schnellerem Maße vorwärtsgeschoben werde. Die Reichsregierung wird ferner durch einen Antrag ersucht, für den Fall, daß größere Mittel für die dringend nötige Arbeitsbeschaffung aufgebracht werden können, sie auch in erster Linie für die im Bau befindlichen Wasserstraßenbauten zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, daß diese Arbeiten schleunigst weitergeführt werden. — Nunmehr folgt die

zweite Beratung des Gesetzentwurfes über den endgültigen Wirtschaftsrat.

der nach den Ausschüßanträgen 150 Mitglieder haben soll. Die Debatte beginnt Abg. Everling (Dn.). Die grundsätzlichen Einwendungen der Deutschnationalen gegen den Gesetzentwurf bestehen darin, daß sie bereits wiederholt eine Staatsreform vorgeschlagen haben. Der Gesetzentwurf läßt die künftigen Aufgaben ungenutzt und führt nicht zur Befreiung vom Parlamentarismus. Er schafft nur ein beratendes Organ im Schatten des Parlaments. Die Fernhaltung der wirtschaftsfeindlichen Verbände hat keine rechtliche, sondern nur eine machtpolitische Begründung. Der Gesetzentwurf ist kein Schritt zum organischen Staat noch zur organischen Wirtschaft. Abg. Tarnow (Soz.) bezeichnet den Reichswirtschaftsrat als eine notwendige Ergänzung der politischen Verfassung. Der Abg. Vogt-Besjalen (Komm.) lehnt das Gesetz ab. Abg. Drewnik (Wirtschaftspartei) will auch dem Kleinhändler eine Vertretung zusprechen und stellt einen dementsprechenden Antrag.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Ausschüßfassung. Abg. Kausch-München (B. Vp.) bringt eine Liste derjenigen Hausfrauenverbände in Vorschlag, die ein Benennungsrecht für Hausfrauenvertreter haben sollen.

Abg. Henke (Chr. Vp.) lehnt die Vorlage ab. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschüßfassung angenommen. Das Haus verläßt sich auf Sonnabend.

Notwendigkeit weiterer Sparmaßnahmen.

Der Generalberichterstatter für den Haushalt spricht im Reichsrat. Ministerialdirektor Dr. Brecht, der Generalberichterstatter für den Reichshaushalt, sprach im Reichsrat über die zweite Ergänzung des Haushalts für 1930. Die entscheidende Frage sei, ob durch erhöhte Abstriche am Etat die neuen Ausgaben ganz oder teilweise entbehrlich werden könnten. Die Beurteilung werde dadurch erschwert, daß die Reichsregierung die von ihr beabsichtigten Abstriche von 100 Millionen Mark (bei einem Defizit von 480 Millionen Mark) noch nicht dekretiert, sondern sich nur Vollauf machen läßt. Preußen vertritt den Standpunkt, daß beim Reichswirtschaftsministerium größere Streichungen möglich seien. Darüber hinaus lämen im Augenblick noch finanztechnische Striche in Frage.

Vermindeung der einmaligen Schuldentilgung unter Änderung des Wehrhaushaltsgesetzes im Einverständnis mit den Geldgebern; Deckung der neuen Ansätze für Kanalbauten (70 Millionen) durch Anleihe; Beschränkung der Zahlung an den Tilgungsfonds für die Anleiheablösung auf die tatsächlich in diesem Jahre benötigte Summe (196 statt 240 Millionen); Auflösung des angesammelten Tilgungsfonds, der aus Papieren im Nennbetrage von 375 Millionen (nicht Reichsanleihe) besteht; Aussetzung der Tilgung der Rentenheine; weiterer Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien aus dem verbleibenden Besitz des Reiches von 432 Millionen.

Entscheidend sei für die Ausschüsse freilich der Gesichtspunkt gewesen, daß die Wiedereinnahmen aus Steuern und Zöllen für 1930 allen Anzeichen nach zu gering geschätzt seien, und daß die Ausgaben für Arbeitslosigkeit sich noch erhöhen würden.

Sofort nach Erledigung des Haushalts müsse das Sparprogramm auf lange Sicht in Angriff genommen werden.

In der Aussprache wies Reichsfinanzminister Dietrich darauf hin, daß positive Streichungsanträge nicht vorgebracht worden seien. Die Kürze und der Ernst der Zeit zwingen zum Handeln. Das deutsche Volk werde auch diese Schwierigkeiten überwinden.

An die Rede Dietrichs schlossen sich die Abstimmungen an.

Das Sofortprogramm noch keine Finanzreform.

Die Deutsche Volkspartei zum Deckungsprogramm. Die Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei fand in Berlin unter außerordentlich starker Beteiligung statt. Dr. Scholz erstattete zunächst das Referat über die politische Lage, das im wesentlichen eine Auseinandersetzung mit dem Deckungsprogramm der Reichsregierung wurde. Trotz der großen Bedenken würde die Deutsche Volkspartei ihre Mitwirkung nicht verweigern. Der Parteiführer gebachte dann in ehrenvollen Worten anlässlich der Rheinlandbefreiung Dr. Stresemann's. Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärte u. a., eine Politik, die darauf hinausläufe, diese letzte bürgerliche Regierung zu stürzen, wäre vom Standpunkt der Volkspartei aus undenkbar und untragbar. Er unterstrich aber, daß es sich selbstverständlich nur um ein Sofortprogramm handele, dem im Herbst eine wirkliche und organische Finanzreform zu folgen hätte.

Dank für die treue Saar.

Der Reichskanzler an die Saarvereine. Der Reichskanzler hat dem Bund der Saarvereine zu seiner Tagung zugleich im Namen der Reichsregierung telegraphisch herzlichste Grüße übersandt. Die unerschütterliche Treue, mit der die Saarländer in all den schweren Jahren ihr Volkstum hochgehalten haben, werde unvergessen bleiben. Gerade in diesen Tagen, in denen

das Rheinland seine Befreiung feiere und in denen die Wünsche und Hoffnungen ganz Deutschlands sich auf eine baldige Rückkehr des Saargebietes ins Reich richteten, möchte der Kanzler versichern, daß die Reichsregierung alles tun werde, um dieses Ziel zu erreichen.

Landbundführer beim Reichskanzler.

Wünsche des Reichslandbundes zur Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Der Reichskanzler empfing in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Präsidenten des Reichslandbundes, Bethge und Hepp, die Landbundführer Niklas, von Mohr und Strüvi sowie die Direktoren Kriegsheim und von Sybel. Die Vertreter des Reichslandbundes nahmen zu der Finanz- und Wirtschaftspolitik Stellung und erläuterten ihre damit im Zusammenhang stehenden Vorschläge für eine grundsätzliche Finanzreform. Außerdem trugen sie ihre Wünsche auf wirtschaftspolitischen Gebiet vor.

Die „Blusenmänner“ im Reichstag.

Hochsommer auf der Tribüne.

Vor kurzem hatte der Vizepräsident des Reichstags, v. Kardorff, Anstoß daran genommen, daß Tribünenbesucher allzu sommerlich gekleidet bei den Sitzungen des Reichstags erschienen. Es war darauf die Weisung ergangen, Herren in Sommerkleidung nicht auf die Tribünen des Reichstags zu lassen. Jetzt hat mit Rücksicht auf die drückende Hitze das Präsidium des Reichstags angeordnet, daß diese Anordnung wieder aufgehoben wird.

Die Reichstagsabgeordneten sollen notopfern.

Einbeziehung der Diäten in das Notopfer.

Nach einem Beschluß des Ältestenrates des Reichstags soll am Montag die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums beginnen. Die Deckungsvorlagen der Reichsregierung sollen gleichzeitig mit diesem Haushalt beraten werden. Außerdem wird der Reichstag einen Unterausschuß, bestehend aus je einem Vertreter jeder Fraktion, einsetzen, der Vorschläge für die Einbeziehung der Diäten der Reichstagsabgeordneten in das allgemeine Notopfer machen soll.

Verbilligung des Wohnungsbaues.

Vorschläge des Reichswirtschaftsrates

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Siedlungs- und Wohnungsweisen befaßte sich mit der Frage der Belebung des Wohnungsbaues und der allgemeinen Bauwirtschaft. Der Ausschuß hält es für nötig, daß die Forterhebung der Hauszinssteuer auf eine bestimmte Zeit und in bestimmter Höhe gewährleistet und darauf hingewiesen wird auf die Bedeutung stetiger Beschäftigung im Baugewerbe für die Entwicklung der Baukosten. Neben gesicherter Baufinanzierung fordert das Gutachten

Beilegung des Unterschiedes zwischen Alt- und Neubaumieten

durch Senkung der Neubaumieten und entsprechende Erhöhung der Altbaumieten. Jeder Eingriff in das Privateigentum ohne gerechte Entschädigung soll unterlassen werden. Ueber die Notwendigkeit der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft besteht im Ausschuß Uebereinstimmung. Nur über das Tempo ihres Abbaues herrschen verschiedene Ansichten. Die Wohnungspolitik sollte nach Ansicht des Ausschusses in besonderem Maße auf Herabsetzung des Zinsfußes für Bau- und Hypothekengelder, auf Senkung der Herstellungskosten und auf Vermeidung aller versteuernden Zwischenstellen bei den zuständigen Behörden gerichtet sein.

Die Vorbehalte der Volkspartei.

Entschlieungen des Zentralvorstandes.

Nach längerer Aussprache stimmte der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei in einer fast einstimmigen Entschlieung den Ausführungen des Parteiführers und Vorstehenden der Reichstagsfraktion, Dr. Scholz, zu. Er dankte der Reichstagsfraktion für die Eindringlichkeit, mit der sie die in der Finanzpolitik einzuführenden Wege aufgezeigt habe: Abkehr von einer Politik, die die finanziellen Schwierigkeiten vorwiegend durch weitere Erhöhung der Steuerlast beseitigen wolle und dadurch die Lage nur noch weiter verschlimmere.

Demgegenüber fordert der Zentralvorstand Wirtschaftspolitik durch Senkung der Produktionskosten, direkte Preisentlastung und größtmögliche Ausgabenentlastung in allen Etats von Reich, Ländern und Gemeinden.

In einer weiteren Entschlieung zur Rheinlandbefreiung wird gesagt, daß die Räumung vor allem der Politik des verstorbenen Führers der D. V. P., Dr. Stresemann, zu verdanken sei. Ein besonderer Gruß wird der Saarbevölkerung gewidmet.

Zur Parteibewegung wurde eine Entschlieung gefaßt, worin das Scheitern der Bemühungen des Zentralvorstandes vorstehenden um das Zustandekommen einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der Mitte bedauert und der Ansicht Ausdruck gegeben wird, daß nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben in der Zusammenfassung aller positiv gerichteten Kräfte liege.

Endlich wurde noch eine Entschlieung zur Finanzreform angenommen, in der der Antrag der Reichstagsfraktion begrüßt wird, der die Reichsregierung ersucht, nimmeh nach Abschluß der Arbeiten der Länderkonferenz mit größter Beschleunigung die Gesetzentwürfe für die Finanzreform vorzulegen.

Baden gegen die Nationalsozialisten.

Entlassung von Lehrern wegen Zugehörigkeit zur N. S. D. A. P.

Das badische Unterrichtsministerium erklärt in einem Erlass, der Minister des Kultus und Unterrichts habe sich genötigt gesehen, gegen einige Lehrer, die sich als Organisatoren der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betätigten, die sofortige Dienstenthebung anzuordnen und gegen diese das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung einzuleiten.

Es könne nicht gebuldet werden, daß Staatsbeamte die für ihr außerdienstliches Verhalten gezogenen Grenzen gröblich verletzen. Die N. S. D. A. P. sei eine staatsfeindliche Partei. Nach der Rechtsprechung verstoße die politische Betätigung für diese Partei gegen die Treupflicht der Beamten dem

Staat gegenüber. Eine Werbetätigkeit und die Annahme von Parteiämtern in der genannten Partei sei daher allen Staatsbeamten verboten. Wer diese verbotene praktische Tätigkeit für eine staatsfeindliche Partei ausübe, habe die unannehmliche Dienstenthebung zu gewärtigen.

Moskau gratuliert zur Räumung.

Telegrammwechsel Litwinow-Curtius.

Die Regierung der Sowjetunion hatte der Reichsregierung telegraphisch ihre Befriedigung über die Rheinlandräumung übermittelt. Reichsaussenminister Curtius hat dem Volkskommissar Litwinow daraufhin telegraphisch seinen Dank ausgesprochen.

Der Fluch der bösen Tat.

Selbstmordversuch eines Separatistenführers.

Der frühere separatistische Provinzialdirektor der Separatistenregierung, Dr. Roth in Mainz, der von den Separatistenverfolgern in seiner Wohnung belagert wurde, hatte versucht, sich und seine Frau zu vergiften. Er wurde unter starker Bewachung der Schutzpolizei in das städtische Krankenhaus gebracht.

Im Laufe des Tages blieb die Lage in Mainz verhältnismäßig ruhig. In den späten Abendstunden wurde plötzlich die gesamte Innenstadt durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt. Man vermutet, daß Angriffe einige größere Geschäftshäuser in der Innenstadt geplündert haben. Die Personen, die bisher gegen die Separatisten vorgegangen sind, haben sich jetzt auch die Frauen vorgenommen, die wegen ihres Verkehrs mit den Franzosen in üblem Rufe stehen.

Separatistenverfolgungen auch in Wiesbaden.

In Wiesbaden wurden die Geschäfte von verschiedenen Anhängern der Separatisten zerstört. In einigen Geschäften wurde die Einrichtung völlig zertrümmert. Die Zerstörungen vollzogen sich nach demselben System wie in Mainz. Auf Fahrrädern und Motorrädern kamen die Trupps an und ehe die Polizei einschreiten konnte, waren die Zerstörungen geschehen und die Täter wieder verschwunden.

Englands Kampf um Indien.

Präsidentin des Bombayer Nationalkongresses verhaftet.

Die Präsidentin des Provinzialen Nationalkongresses in Bombay, Frau Captain, wurde am Donnerstag wegen der Veröffentlichung von Kongreßmitteilungen verhaftet.

Bei Peshawar wurde versucht, den Postzug durch eine Bombe zur Entgleisung zu bringen. Der Anschlag wurde indessen vereitelt.

Gefängnis für Waffentragen.

Preussische Verordnung gegen Waffennutzbau.

Im Reichsministerium des Innern ist ein Gesetzentwurf vorbereitet, der das Tragen von Waffen bei Demonstrationen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestrafen will. Da es nicht wahrscheinlich ist, daß dieser Entwurf vor den Sommerferien zur Verabschiedung kommen wird, will Preußen mit einer eigenen Verordnung vorgehen, der die Gedankengänge zugrunde liegen, von denen sich das Reichsministerium des Innern bei der Ausarbeitung seines Gesetzentwurfes leiten ließ.

Zusammenschluß im Luftverkehr.

Luftansa und Nordbayerische Verkehrsflug A.-G. haben sich geeinigt.

Der seit Monaten in der Schwebe befindliche Vertrag zwischen den beiden deutschen Luftverkehrsbetriebsgesellschaften, der Deutschen Luftansa A.-G. und der Nordbayerischen Verkehrsflug A.-G., ist nimmeh unterschrieben worden. Der Vertrag, ein Interessengemeinschaftsabkommen, ist vorläufig für drei Jahre vorgesehen und zielt bei getrennter Organisation und getrennten Aufgabengebieten auf eine enge Zusammenarbeit der beiden Unternehmen ab, wie sie z. B. schon jetzt durch eine Anzahl von gemeinsam unterhaltenen Flugleitungen zum Ausdruck kommt.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Salver, den 5. Juli 1930.

Ferien vom Ich.

1. Mos. 24, 56: Der Herr hat Gnade zu meinem Reife gegeben. Laßt mich, daß ich zu meinem Herrn ziehe!

Die großen Ferien sind für viele da. Wie ein Aufatmen geht es durch alt und jung. Wir wollen's allen gönnen, die da Ferien machen können von ihrer Arbeit. Aber immer wieder kommt einem die Frage: Ist das nun eigentlich alles? Jedesmal steigt mir die Erinnerung auf an den Titel eines prachtvoll sonnig-humorvollen Buches, das ich einmal gelesen habe. Es hieß: „Ferien vom Ich.“ Liegt darin nicht ein wunderbar tiefer Sinn? Ferien von der Arbeit, Ferien von den Sorgen — das alles ist schön. Ob es jedoch nicht noch viel schöner wäre, wenn man öfter Ferien machte von seinem eigenen Ich? Wenn man so ganz aus sich selber herauskönnte: aus seinen Fehlern, seinen Trieben, aus seinen Vorurteilen, aus seiner Selbstsucht? Schließlich ist es ja doch unser eigenes Ich, das uns am meisten verdirbt im Leben, das uns am meisten zu schaffen macht, das uns immer wieder in Enge und Ode hineinzieht, das uns immer wieder herabzieht, das uns umtreibt in rastloser Unruhe, das uns Freuden vergallt und Leiden schafft. Aber wie davon Ferien machen?

In die gewöhnlichen Ferien kann man gehen, indem man sich anderen Dingen zuwendet, zu Hause und in der Ferne. So soll man's mit den Ferien vom Ich auch anfangen: daß man sich dem „Du“ zuwendet. Diese Reise ins „Du“ ist gar nicht so weit. Dieses Du liegt dicht vor unserer Schwelle. Vater und Mutter sind es, Mann oder Frau und Kinder; Nachbarn oder Freunde, anknöpfende Menschen. Wer einmal den Schritt wirklich getan hat in das „Du“ hinüber: daß man sich in sie hineinbeugt, in ihr Empfinden, in ihr Ergehen, in ihre Nöte, hat's erfahren, wie man da so frei wird von sich selbst, wie man da reicher, froher, weicher, gesunder wird, wie man neue Frische und Kraft mitbringt, wenn man dann ins eigene Ich mit seinen eigenen Alltagspflichten zurückkehrt — ganz wie bei der Heimkehr aus den gewöhnlichen Ferien. Diese Ferien vom Ich dauern meist gar nicht lange, kosten nicht viel und — geben mehr. Und wer in dieses nahe „Du“ hineingereift ist, in das „Du“ der Menschen um sich, findet dann wohl auch leicht den Weg in das große, weite „Du“ — zu dem, der die Menschen um uns gestellt hat. Ich denke mir, daß Gott die Menschen um uns herumgestellt hat, damit wir durch

Eine schwere Eisenbahnkatastrophe.

15 Tote, 30 Verwundete.

In der Station Sasso auf der Linie Bologna-Florenz stieß ein Personenzug, der aus Bologna kam, infolge falscher Weichenstellung gegen einen Güterzug, der in der Bahnhofshalle stand. Beide Lokomotiven und



Das Eisenbahnunglück bei Sasso.

einige Wagen entgleisten infolge des Zusammenpralls. Fünfzehn Personen, teils Fahrgäste, teils Zugpersonal, fanden den Tod, 30 wurden verletzt. Eine Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß während der Reparatur eines elektrischen Hauptstellwerkes keine genügenden Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden waren.

Mehr Marktbeobachtung!

Zur Vermeidung gefährlicher Konjunkturstöße.

Auf der Jubiläumstagung anlässlich des 25jährigen Bestehens des Verbandes Deutscher Diplomalufleute sprach Staatssekretär z. D. Professor Dr. Julius Girsch über das Thema „Wirtschaftslehre und Wirtschaftspraxis“. Schon in der Vorkriegszeit und erst recht in der Nachkriegszeit habe wissenschaftliches Rüstzeug zum unentbehrlichen Bestande der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftsbetriebes gehört. Ohne Statistik sei öffentliche Wirtschaft nicht mehr möglich und private kaum. Die Agrarwirtschaftslehre, eine andere Teildisziplin, habe den Fortschritt in der Landwirtschaft außerordentlich beschleunigt, in den letzten Jahren in nie gekanntem Tempo. Die Aufgaben der Betriebswirtschaftslehre werden mit der Vergrößerung von Betrieb und Unternehmung schnell wachsen.

Ein Problem von außerordentlicher Schwere stelle die Marktbeobachtung dar, um so mehr, als der Zeiger des Preises auf dem Rohstoffmarkt in den letzten Jahren nicht mehr richtig funktioniert habe, sondern durch Rohstofftarife falsch gelenkt worden sei. Die Preisstabilität seit Anfang 1929 sei die tiefste Ursache der Weltwirtschaftskrise. Die Aufgabe, solchen Folgen und stürmischer Produktionsverbesserung künftig vorzubeugen, sei eine der dringendsten der Wirtschaftswissenschaft.

Die Wege des engen Zusammenwirkens der praktischen Wirtschaftswissenschaft und insbesondere der Betriebswirtschaft mit den Wirtschaftsunternehmungen seien folgende: Der Erfahrungsaustausch zwischen den Unternehmungen steigere außerordentlich den wirtschaftlichen Fortschritt. So arbeite die Wirtschaftswissenschaft neuerdings durch den Betriebsvergleich immer mehr allgemeine Kennzahlen heraus, deren Gleichartigkeit in den gleichgerichteten Betrieben oft hochgradig überraschend gewesen seien. Die weit bessere Beobachtung der Märkte als gegenwärtig sei eine internationale Aufgabe. Nur durch sie könne man die gefährlichen Konjunkturstöße mildern. Zu alledem sei die Nachprüfung der Bildungsmethoden und der Arbeitsziele in der modernen Wirtschaftswissenschaft dringlich erforderlich.

Die Wirtschaftswissenschaft müsse sich jetzt entsprechend der neuen Entwicklung neue Aufgabengebiete erschaffen: der eine sei die bewußte Arbeitsteilung in der Forschung und Arbeit zwischen den vielen Lehrstätten und Instituten. Die Wirtschaftswissenschaft müsse bei denen zuerst beginnen, die für die Schaffung höherer Wirtschaftlichkeit an erster Stelle berufen seien. Eine weitere Aufgabe sei die Verbindung mit der Praxis und insbesondere zwischen denjenigen, die von den Wirtschaftsfakultäten kamen und immer wieder in ihren Kreis zurückkehren, so wie es in dieser Hinsicht zweifellos vorbildlich die großen amerikanischen Wirtschaftsakademien leisten.

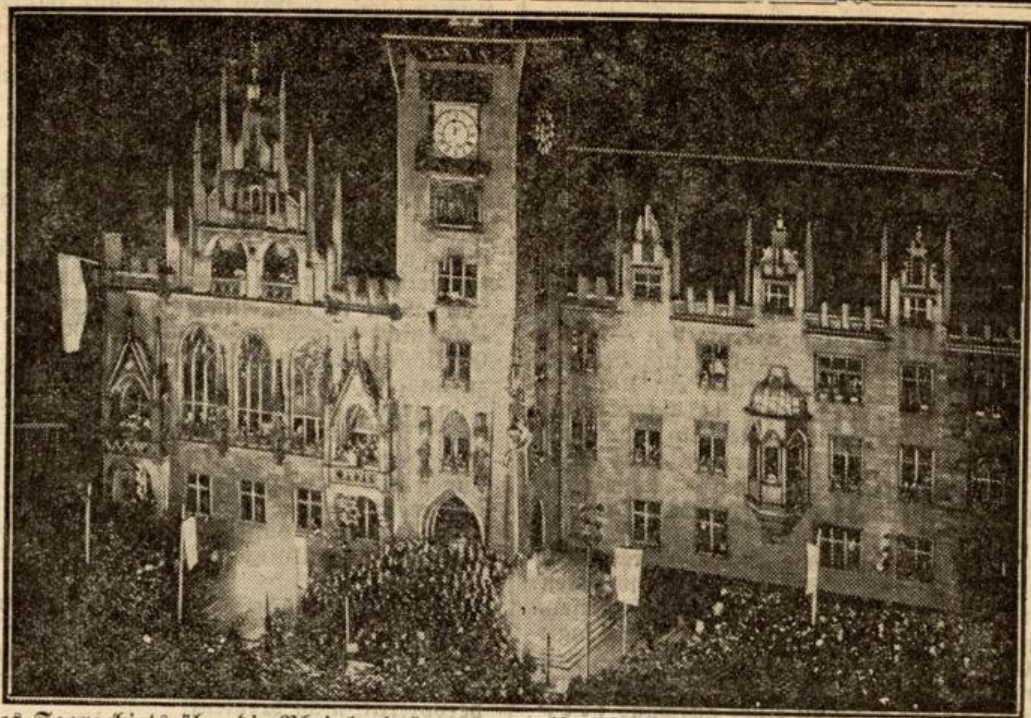
Preiszusammenbruch am Schweinemarkt?

Richtlinien für den Schweinehalter.

Für ein ganzes Jahr liegen nunmehr die Ergebnisse vierteljährlicher Schweinezahlungen vor. Die Auswertung dieser Zahlungen hat gezeigt, daß sich daraus ein brauchbares Bild über die Lage der Schweinehaltung in Deutschland und über ihre Entwicklungssrichtung gewinnen läßt. Diese Unterlagen bieten die Möglichkeit für eine regelmäßige Aufklärung und Beratung der Schweinehalter. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft läßt daher von jetzt ab die Auswertung der Zahlungsergebnisse durch einen Sachverständigenausschuß vornehmen, in dem die berufenen Vertretungen der Landwirtschaft und die Stellen, die sich mit Marktbeobachtung, Markt- und Konjunkturforschung und Statistik auf dem Gebiet der Fleischproduktion und Viehwirtschaft zu befassen haben, vertreten sind. Aus den Zahlen der Schweinehaltung vom 2. Juni 1930 ergeben sich nach Auffassung des Sachverständigenausschusses für die voraussichtliche Marktsituation folgende Schlussfolgerungen.

Bis zum Herbst

dürfte die Marktbescheidung zwar stärker sein als in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, jedoch dürfte sie noch immer hinter der vom Juni/September 1928 zurückbleiben. Da außerdem in diesen Monaten eine saisonmäßige Belebung des Schweinemarktes zu erfolgen pflegt, wird in diesem Zeitraum die Absatzlage voraussichtlich verhältnismäßig günstiger sein als in den späteren Monaten. Die starke Zunahme der Ferkel gegenüber dem Vorjahr (um rund ein Viertel des Bestandes) und noch mehr die Steigerung der Zahl der trächtigen Sauen lassen in Verbindung mit dem Rückgang der Rentabilität der Schweinehaltung weitere sinkende Ferkel-



Die Mitfreude des Saargebiets über die Rheinlanddrängung äußerte sich in einer machtvollen Kundgebung. Zur gleichen Stunde, in der am Rhein die Freudenfeuer aufflammten, versammelten sich in Saarbrücken Abordnungen aus

allen Teilen des immer noch besetzten Saargebietes, um der Freude über die Befreiung des Rheinlandes Ausdruck zu geben und ein Gelöbnis unwandelbarer Treue gegenüber dem deutschen Vaterlande abzulegen.

preise erwarten. Vom Herbst ab ist infolge einer von Monat zu Monat stärker werdenden Marktbescheidung mit sinkenden Preisen

auf dem Schweinemarkt zu rechnen, und zwar so, daß im Frühjahr 1931 ein Angebot befürchtet werden muß, das etwa dem des Frühjahr 1928, also einer Zeit stärksten Preiszusammenbruchs, entspricht. Diese Befürchtungen sind deshalb besonders begründet, weil bereits gegenwärtig bei verhältnismäßig geringem Angebot die Schweinepreise infolge der verminderten Kaufkraft der verbrauchenden Bevölkerung und dadurch bedingter geringerer Nachfrage wesentlich niedriger sind, als sie nach dem Stande der Schweinehaltung an sich sein müßten. Auf Grund dieser voraussichtlichen Entwicklung der Verhältnisse am deutschen Schweinemarkt ergeben sich für den Schweinehalter folgende Richtlinien:

1. Je früher und je leichter die Schweine auf den Markt gebracht werden, desto besser die Verwertung, denn je weiter die Zeit fortschreitet, desto ungünstiger werden die Absatzmöglichkeiten, zumal sich der Absatz besonders für Fett-schweine fortwährend verschlechtert.
2. Wer über seinen normalen Bestand hinaus Ferkel neu zur Mast aufstellt, geht also ein großes Risiko ein. Er muß bedenken, daß die Marktwerte Anfang nächsten Jahres denkbar ungünstig sein werden, wenn der vorhandene und im nächsten Monat zu erwartende Ferkelbestand voll zur Aus-mästung gelangt.
3. Besonders scharfe Kalkulation ist allen Betrieben, die ausländische Futtermittel zukaufen müssen, anzuraten, da in vielen Betrieben unverwertbare Überschüsse an wirtschaftseigenen Futtermitteln eine Vermehrung der Schweinehaltung auch bei ungünstigen Preisen zu erzwingen drohen.
4. Den Schweinezüchtern ist dringend zu raten, in den nächsten Monaten mit Rücksicht auf die zu erwartenden niedrigen Ferkelpreise bei der Zulassung der Sauen größte Zurückhaltung zu üben.

Reisefünden wider die Gesundheit.

Lebe auf Reisen wie zu Hause!

In diesen Tagen der großen Sommerferien bringt die Eisenbahn ungezählte Tausende zur Erholung aufs Land, ins Gebirge oder an die See. Der Zweck der Reise ist bei allen Erhaltung und Kräftigung der Gesundheit, aber alle guten Lehren der Gesundheitspflege, deren Kenntnisse sich auch in Deutschland mehr und mehr ausbreiten beginnen, sind meist mit dem Augenblick vergessen, in dem der Zug sich in Bewegung setzt.

Nachdem die Bahnhofshalle verlassen, da wird der Ausblick über die Landschaft geöffnet und das Eisen beginnt, gleichviel zu welcher Tageszeit, gleichviel, ob man Hunger hat oder nicht. Für viele Menschen ist eben jede Eisenbahnfahrt gleichbedeutend mit reichlichem Essen und Trinken. Ganz besonders werden in größere und kleinere Kinder während der Eisenbahnfahrt oft ungeheure Mengen Brot, Wurst, Obst, Süßigkeiten und

sonstige schöne Sachen hineingestopft, bis sich schließlich in dem einen oder anderen Falle der Magen das einfach nicht mehr gefallen läßt. Nur zu leicht ist man dann geneigt, nicht bei sich selbst oder seiner Unvernunft die Ursache zu suchen, sondern behauptet vielfach: „Das Kind verträgt das Fahren schlecht.“

Was vom Essen gilt, gilt häufig auch vom Trinken. Waschlöscher wird mitgebrachte kalte Kaffee, warm oder schlecht gewordene Milch u. a. m. getrunken. Beim Wasser fragt man auch nicht lange nach seiner Herkunft, kurz — die Sünden wider die Gesundheit sind auf Reisen ganz besonders groß. Da darf man sich nicht wundern, wenn gleich nach der Ankunft am Reiseziel Erkrankungen des Magens oder des Darms sich melden und einem mindestens die ersten Ferientage schon verderben.

Deshalb mache man es sich zur Regel, auch auf Reisen nicht anders zu leben als zu Hause. Man halte die Stunden der Mahlzeiten möglichst so inne wie daheim. Man unterhalte Kinder nicht durch Essen und Trinken, sondern gebe ihnen lieber ein Bilderbuch oder Papier und Bleistift zum Malen und dergleichen mehr. Man genieße Trinkwasser nur dort, wo es wirklich als solches gekennzeichnet und von einwandfreier Herkunft ist. Man achte, besonders bei Kindern, darauf, daß sie nicht alles anfassend und ihre Hände mit Schmutz und Krankheitserregern beladen. Man vergesse vor allem nicht, so weit die Möglichkeit dazu besteht, sich auch auf Reisen recht oft die Hände zu waschen.

Wer die einfachsten Grundregeln der Gesundheitspflege bei Antritt der Sommerreise nicht zu Hause vergißt, sondern sich ihrer auf Schritt und Tritt auch auf Reisen erinnert, der wird von allen Zufällen bewahrt bleiben und eine durch Krankheit ungetrübte Erholung erwarten dürfen.

Geldgespräche mit Kindern.

Was muß mein Kind vom Gelde wissen?

Wir stellen uns oft vor die Frage: „Soll ich meinem Kinde etwas von den heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erzählen, soll ich es auf die Notwendigkeit des Geldes aufmerksam machen? Laufe ich nicht Gefahr, daß es auf Grund meiner frühzeitigen Erklärungen

das Geld überschätzen lernt, was ich doch auf jeden Fall verhindern möchte?“ Diese Frage, das Dafür und Dagegen bedarf einigen Nachdenkens.

Wir wollen unserem Kinde eine recht sonnige Jugend geben. Eine sorglose Kindheit ist für das ganze Leben ein großer Schatz, den wir immer gern aus der Erinnerung hervorholen und an dessen Besitz wir uns bis ins späte Alter hinein erfreuen, während ernste Kindheitsbedürfnisse lange Schatten auf unser Leben werfen. Wir wollen der Jugendzeit gern alles Trübe fernhalten, denn später, davon sind wir wohl alle überzeugt, wird das wirtschaftliche Leben für unsere heutige Jugend kein leichtes sein. Aber gerade, weil die kommende Generation gewappnet sein muß, den Existenzkampf aufzunehmen, haben wir die Pflicht, die Kinder rechtzeitig anzuleiten, mit Geld umzugehen und zu lernen, daß die Ausgaben die Einnahmen nicht überschreiten dürfen. Wir lehren sie damit gleichzeitig, ihre eigenen Bedürfnisse einzuschränken. Kinder kommen oft mit Wünschen, die wir ihnen unmöglich erfüllen können, weil sie unsere Verhältnisse überschätzen. Sie sollen auch beizeiten verzichten lernen, aber sie müssen wissen, warum, um selbst die Notwendigkeit des Verzichtes einzusehen.

Will man einem Kinde die Bedeutung des Geldes begreiflich machen, dann setzt man zweckmäßig andere Werte dafür ein. So beugt man auch am besten einem gegebenenfalls eintreffenden Sammeln nur um des Geldes willen vor. Man erzählt ihm z. B.: „50 Pfennige sind so viel wie eine Tafel Schokolade, für 3 Mark erhältst du ein nettes Püppchen, für 10 Pfennige aber nur einen kleinen Kreisel.“ So geht dem Kinde allmählich der Begriff für das Sparen zu einem bestimmten Zwecke auf. Geht das Kind in die Schule, möchte es in den häufigsten Fällen zunächst alles haben, was es bei anderen Kindern als begehrenswert entdeckt. Dann kommen die vielen Wünsche, die wir zum Teil wohl gar nicht erfüllen können und aus pädagogischen Gründen auch nicht erfüllen wollen. Führen wir aber öfters kleine Geldgespräche mit dem Kinde, weisen wir es darauf hin, daß sich jeder Mensch Beschränkungen auferlegen muß, so werden wir bald beobachten, daß das Kind bei seinen Wünschen überlegt, ob sie sich den Verhältnissen der Eltern anpassen.

Mit einem größeren Kinde, das schon rechnen kann, sollte man gemeinsam ein kleines Kontobuch anlegen. Ein wöchentliches Taschengeld und kleine Extrabeholdungen bilden die Einnahmen. Ausgaben sind alle die kleinen Schulbedürfnisse: Federn, Bleistifte, Löschblätter und die stets verlorenen Radiergummis. Am Ende des Monats wird abgerechnet, wobei die Freude über das gute Wirtschaften dann groß ist. Diese kleine Rechenerei macht den Kindern viel Spaß und erzieht sie gleichzeitig dazu, mit den Schulsachen Ordnung zu halten.

Natürlich müssen wir ein Kind davor zu bewahren suchen, durch diese Hinweise auf die Notwendigkeit des Geldes im Leben die materielle Seite zu hoch zu bewerten. Wir müssen immer wieder betonen, daß nur der Reichtum des Herzens und des Gemütes den Wert des Menschen ausmacht und nicht angesammelte Schätze. Haben wir unser Kind so erzogen, daß es praktisch den Anforderungen der heutigen Zeit genügt, indem es haushalten und das Geld als notwendig wohl schätzen, aber nicht überschätzen lernte, dann können wir es beruhigt auf eigene Füße stellen.

Tragisches Jubiläum der Droschke.

Kulturgeschichtsforscher haben ausgerechnet, daß die Droschke, wie wir sie in Deutschland kennen, in diesen Tagen ihr zweihundertjähriges Jubiläum feiern könne. Wohlverstanden: wie wir sie kennen; denn richtig genommen, ist die Droschke viel älter, nur daß sie früher Fialer hieß. Die ersten Mietkutschen kamen nämlich schon 1662 auf, und zwar in Frankreich, und weil diese ersten Mietkutschen in einem Pariser Wirtschaftshaus, dem das Bildnis des heiligen Fialrus als Schild diente, ihren Stand hatten, nannte man sie Fialer. Den Namen „Droschke“ erhielten sie bei uns erst im Jahre 1814 nach einem in Rußland und in Polen gebräuchlichen leichten Fuhrwerk. Von Warschau aus war das Wort „Droschke“ damals nach Berlin gekommen. Den Gegenstand aber, den wir Droschke nennen, kannte Berlin schon seit 1730 — daher das zweihundertjährige Jubiläum; denn Berlin war die erste Stadt in Deutschland, die Mietkutschen auf die Straße stellte. Ganze 15 Stück waren es zuerst nur, aber sie waren schon damals mit Nummern bezeichnet, weil die Polizei sie im Auge behalten wollte. Eine einzelne Person hatte für eine Droschkenfahrt genau soviel zu bezahlen wie zwei oder noch mehr Personen. Im Jahre 1815 wurde die Zahl der Berliner Droschken verdoppelt und dann ging es rasch aufwärts. Im Jahre 1875, nach der Gründerzeit, hatte die Reichshauptstadt mehr als 1000 Droschken erster Klasse — oder „erster Güte“, wie die Berliner sagten — und weit über 3000 Droschken zweiter Klasse. Als aber zuerst die Fahrräder und dann die Autos aufkamen, ging es mit den Pferdewagen ebenso rasch wieder abwärts, und es wird der Tag kommen, an dem die letzte Droschke aus dem Berliner Straßenbild und

lie uns zu ihm locken lassen sollen. Wer das begriffen hat, dem tun sich dann die großen Ferien vom Jch auf: er reißt zum großen göttlichen „Du“ und holt sich da den großen Gottessegen für seinen Alltag!

Es bleibt heiß!

Wieder hat der Siebenstürmer den Beweis erbracht, daß er in Wirklichkeit gar nicht so gefährlich ist, wie viele Menschen meinen. Nachdem wir am 27. Juni recht veränderliches Wetter mit verbreiteten Niederschlägen gehabt hatten, hätten wir nach der alten Bauernregel sieben Wochen Anspruch auf Regen gehabt. Statt dessen brachten uns wohl die ersten nachfolgenden Tage, wie wir es ja auch erwartet hatten, noch veränderliches Wetter, dann aber setzte in Mittel- und Ostdeutschland eine neue Hitze ein, die uns am Mittwoch und Donnerstag Temperaturen über 30 Grad Celsius brachte. Wesentlich kühler war es in West- und Süddeutschland, wo kräftige Gewitter mit stellenweise wolkenbruchartigen Regenfällen niedergingen. Da sich das Hochdruckgebiet über Skandinavien neuerdings verstärkt hat, müssen wir für die nächsten Tage im allgemeinen mit einer Fortdauer des hochsommerlichen Wetters rechnen. Im Westen und im Südwesten besteht die Neigung zu Gewittern weiter.

□ **Postwertzeichen, die ungültig werden.** Folgende Postwertzeichen verlieren mit Ablauf des Monats Juli 1930 ihre Gültigkeit zum Freimachen von Postsendungen: 1. die Reichsadlerwertzeichen (Ausgabe 1924) zu 3, 5, 10, 20, 30, 40 und 50 Pf.; 2. die Stephanusmarken zu 60 und 80 Pf. Wertzeichen dieser Art, die bis Ende Juli nicht aufgebraucht sind, können in der Zeit vom 1. bis 15. August bei den Postanstalten gegen andere Postwertzeichen umgetauscht werden.

—* **Dringende Warnung vor Schwarzarbeit und Schwarzarbeitern.** Die Handwerkskammer zu Arnberg i. B. teilt mit: Infolge der gewaltig gestiegenen Arbeitslosigkeit hat die Schwarzarbeit in den letzten Monaten immer mehr zugenommen. Schwarzarbeiter sind Personen, die unter Umgehung der gewerbepolizeilichen und steuerlichen Vorschriften eine gewerbliche Tätigkeit auf eigene Rechnung ausüben. Zu ihnen rechnen heute viele Arbeitslose, aber auch zahlreiche vollbeschäftigte Arbeitnehmer, die sich durch gewerbliche Tätigkeit in der Freizeit ein zusätzliches Einkommen verschaffen wollen. Die Öffentlichkeit kann gar nicht genug davor gewarnt werden, solche Schwarzarbeiter zu beschäftigen. Einmal ist es moralisch nicht zu verantworten, Leute zu beschäftigen, die dem schwer kämpfenden Handwerk unlautere Konkurrenz machen (zahlen keine Steuern und Abgaben) und dem Arbeitnehmer das Lohnniveau drücken. Zum andern hat der Konsument nur in den seltensten Fällen Gewähr dafür, daß er ordentliche und nicht Fälscharbeit geliefert bekommt. Drittens sind uns Fälle bekannt geworden, in denen Schwarzarbeiter Material verwendet haben, das ihnen nicht gehörte, womit sie den Auftraggebern in recht unliebsame Prozesse über das Eigentumsrecht am fertigen Produkt hineinzogen. Weiter ist derjenige, der Schwarzarbeiter beschäftigt, in vielen Fällen als Arbeitgeber anzusehen und hat die einem solchen obliegenden Verpflichtungen der Sozialversicherung gegenüber zu erfüllen. Uebersetzung der komplizierten Vorschriften führt zur Bestrafung. Schließlich sei für diejenigen, die Bauarbeiten in eigener Regie vornehmen, also in Tagelohn oder durch Schwarzarbeiter ausführen lassen, bemerkt, daß sie sehr leicht in die Gefahr kommen können, für Unfälle haftbar gemacht zu werden. Den Schwarzarbeitern kann nur geraten werden, ihre das Handwerk und die Arbeitnehmer gleichermaßen schädigende Tätigkeit einzustellen. Ein Abkassen bei der selben hat Anzeige bei der Gewerbebehörde, bei den Steuerbehörden, beim Arbeitsamt, beim Arbeitgeber usw. zur Folge und führt regelmäßig zu sehr fühlbaren Bestrafungen. Dem Handwerk ist zu empfehlen, ihm zur Kenntnis gelangte Fälle von Schwarzarbeit unter Beifügung möglichst genauer Angaben über Art, Umfang und Dauer derselben den örtlichen Organisationen oder der Handwerkskammer mitzuteilen.

Halver

—I Ein folgenschweres Autounfall ereignete sich gestern kurz nach Mittag in Nieder-Servig bei der Wäldung von M. Meisenholler. Ein Personenauto kam in vorchriftsmäßiger Fahrt die Straße von Halver nach Ehringhausen gefahren. Als der Autolenker an der oben genannten Stelle einen Radfahrer ankommen sah, gab er Signal und lenkte dabei seinen Wagen ganz rechts in den Straßengraben. Der Radfahrer, der in sehr schnellem Tempo fuhr, mußte in diesem Moment verwirrt sein, da er direkt auf das Auto zugeteuer, ein Zusammenstoß war unvermeidlich, obwohl der Autoführer sofort bremste. Das Fahrrad kam unter das Auto, während der Fahrer durch die Schutzscheibe hindurch auf die Straße flog und sich hierdurch einen doppelten Schädelbruch zugezogen hatte. Der Verunglückte, der 18jährige G. aus Niederherweg, wurde darauf in das nächstliegende Haus getragen und dann in das Ländchen der Krankenhaus transportiert, auf diesem Wege ist er dann verstorben. Den tiefbetrübten Eltern bringt man allseitige Teilnahme entgegen.

—I Im Zeichen des Schützenfestes. Die Halversche Schützengesellschaft ruft zur Feier des traditionellen Schützenfestes auf. Die Festvorarbeiten sind beendet. Auf dem Schützenplatz (Carlschöhe) herrscht lebhafter Betrieb. Ein Hippodrom, Karussell, Schießhalle und Verkaufsbuden sind errichtet. Auf das heute abend stattfindende Militärkonzert, ausgeführt von der Reichswehrkapelle Art. Regt. Nr. 6, sei hiermit nochmals empfehlend hingewiesen. Zum Schützenfest Fahnen heraus!

—Eveling, 4. Juli. Ein Lüdenscheider Personenauto wurde durch eine Reifenpanne aus der Fahrtrichtung geschleudert und prallte auf eine vor dem Postamt stehende Postkarre, die vollständig zertrümmert wurde. Auch das Auto wurde stark beschädigt, während seine Insassen mit dem Schrecken davontamen.

—Gevelsberg, 5. Juli. Pastor Schloemann 7. Mittwochabend ist im Alter von 59 Jahren Pastor Schloemann nach kurzer Krankheit verschieden. Ungefähr 30 Jahre hat er segensreich in der Gemeinde Gevelsberg unermüdet gewirkt und sich um die Gemeindeglieder unvergeßliche Verdienste erworben. Bekanntlich hat er sich auch als Heimatschriftsteller — er schrieb u. a. „Der Zinnenpastor“ und eine „Geschichte Gevelsbergs“ — unbestreitbare Verdienste erworben. Nebenher war er auch noch Redakteur des Gevelsberger Gemeindeblatts.

—Gevelsberg, 5. Juli. Ein Gaunertrick. Im benachbarten Wetter wurden zwei Personen verhaftet unter dem Verdacht, sich eines gewissen Gaunertricks schuldig gemacht zu haben. Als der Fuhrmann eines Eisfuhr-

werks in Vogelsang vor einer Wirtschaft hielt, wurde er an das Telefon eines gegenüberliegenden Geschäftes gerufen. Dort meldete sich ein angeblicher Buchhalter der Brauerei, der ihn bat, ihm doch durch einen Ueberbringer 30 RM. zukommen zu lassen, da er sein auf der Strecke liegendes Fahrzeug reparieren lassen müsse. Der Fuhrmann handigte einer bald erscheinenden Person das Geld aus, mußte aber bald feststellen, daß er einem Betrüger in die Hände gefallen war.

—Milspe, 5. Juli. Der Ehrenbrief für einen Milsper Sänger. Der Bürgergesangsverein Milspe veranstaltete im Möllerischen Saale eine Ehrung für den Ehrenvorsitzenden Ewald Heringhaus, der mit 17 Jahren dem Gesangsverein beigetreten ist und ihm 50 Jahre lang die Treue gehalten hat. Lehrer Schwerter überreichte dem Sänger den Ehrenbrief des Deutschen Sängerbundes, eine Auszeichnung, die im hiesigen Bezirke jetzt zum ersten Male verliehen wurde.

—Minden, 5. Juli. Ein Zirkus wird versteigert. Während des Gastspiels des Zirkus Alberty in Minden gelang es dem zirkusförmigen Unternehmen mit knapper Not, die Gelder für den Bahntransport nach Bielefeld aufzubringen. Jetzt ist der Zirkus in solche finanzielle Schwierigkeiten geraten, daß nunmehr das Gesamtunternehmen, darunter auch Albertys Löwengruppe in Bielefeld öffentlich versteigert werden soll, da sich Verkaufsverhandlungen mit Direktor Althoff, der zurzeit am Zirkus Hagenbeck beteiligt ist, zerlegt haben.

—Nabesdormwald, 5. Juli. Notlandung eines Flugzeuges. Ein von Erfurt kommender Eindecker, der nach Köln fliegen wollte, mußte gestern mittag gegen 12,30 Uhr auf einer großen Weide in Bergerhof notlanden, da er die Orientierung verloren hatte. Bei der Landung wurden die Laufräder leicht beschädigt; doch konnte der Schaden bald behoben werden. Nach etwa eineinhalbstündigem unfreiwilligen Aufenthalt konnte das Flugzeug, welches mit 2 Personen besetzt war, wieder aufsteigen und seinen Flug in Richtung Köln fortsetzen.

—Niehl, 5. Juli. Die Wiehler Tropfsteinhöhle Naturforschungsgebiet. Die Wiehler Tropfsteinhöhle im Pfaffenberg ist auf Betreiben der Geologischen Landesanstalt in Berlin und des Vereins für Heimat- und Naturforschung zum Naturforschungsgebiet erklärt worden. Veranlassung gaben die hervorragenden seltenen geologischen Funde, vor allen Dingen Tierformen, seltene Käfer und Krebse aus der vorgeschichtlichen Zeit sowie Pflanzen, die ein moosartiges Gebilde, etwa 25 m unter der Erdoberfläche eine grüne Farbe aufweisen, ohne daß sie jemals vom Sonnenlicht getroffen wurden. Diese Pflanze ist den Gelehrten bisher völlig unbekannt gewesen, und hat auch noch kein Gegenstück gefunden.

20 bis 22 Prozent preußische Sparkassen-Aufwertung.

Langsame Aufwertungsprüfung.

Die 1500 preußischen Sparkassen hatten nach einem Erlaß des preußischen Ministeriums des Innern bis zum 1. Dezember 1929 an den zuständigen Regierungspräsidenten ihre Aufwertungsbilanzen einzureichen. Diese Bilanzen waren dann von den Revisionsverbänden der Sparkassen- und Giroorganisationen zu prüfen. Die Sparkassen- und Giroverbände haben dann die Gesamtbilanzen für ihren preußischen Geschäftsbezirk zusammenzustellen. Bis spätestens 15. Juni d. J. sollten sie an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband eingereicht werden, der es übernommen hat, die Gesamtbilanz für Preußen aufzustellen. Wie wir hören, ist aber bis jetzt noch nicht ganz ein Drittel der geprüften Bilanzen beim Sparkassenverband vorgelegt. Man rechnet damit, daß die Aufstellung der Gesamtbilanz erst in zwei bis drei Monaten vorgenommen werden kann. Die Verzögerung ist eingetreten durch die Arbeit, die mit der Prüfung der Aufwertungsbilanzen verbunden ist und die anscheinend mit dem vorhandenen Personal der Revisionsverbände nicht so schnell erledigt wurde, als man erwartet hat. Es wäre aber angebracht, daß die Prüfungsarbeit möglichst beschleunigt wird, damit endlich ein Ueberblick über die Sparkassenaufwertung in Preußen möglich und die Aufwertung endgültig geregelt werden kann.

Nach den bereits vorliegenden Bilanzen rechnet man damit, daß im Durchschnitt der preußischen Sparkassen etwa ein Aufwertungsfuß von 20–22 Prozent erreicht wird, möglicherweise noch etwas mehr. Wie schon bekannt ist, sind Bestrebungen im Gange, die generelle Aufwertung, die bereits gesetzlich festgelegt ist, abzuändern. Der Wunsch derjenigen Sparkassen, die eine sehr hohe Aufwertungsquote haben, die individuelle Aufwertung zuzulassen, wird sicher nicht erfüllt werden. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband dagegen steht auf dem Standpunkt, daß zwar ein bestimmter Durchschnittsfuß für alle Sparkassen aufrechterhalten werden soll, daß im übrigen aber die Bestimmungen über den Ausgleichsfuß so abgeändert werden sollen, daß die Aufwertung im übrigen provinzweise geregelt werden kann, d. h. daß gute Aufwertungsquoten möglichst den Provinzen, in denen sie aufkommen, erhalten bleiben sollen. Das Ministerium dagegen möchte grundsätzlich an der generellen Aufwertung festhalten.

Die Aussichten bestehen, daß der Satz der Hypothekenaufwertung für ganz Preußen nahezu erreicht wird, glaubt man, daß die Sparar mit der generellen Aufwertung zufrieden sein könnten und daß diese Art der Aufwertung auch der Gerechtigkeit entsprechen würde. Möglich ist, daß auf Grund des endgültigen Ergebnisses der Aufwertungsstatistik in der bisherigen Regelung einige Änderungen vorgenommen werden, die den Wünschen nach provinzweiser Aufwertung entgegenkommen. Auf jeden Fall soll aber an einem möglichst hohen Durchschnittsfuß für sämtliche Sparkassen festgehalten werden.

Turnen, Spiel und Sport.

Kierspe, den 5. Juli 1930.

—r Die Wettkämpfe am Verfassungstage. In diesem Jahr werden Jugendwettkämpfe aller Verbände aus Sport und Turnerei zum Verfassungstage am 10. August d. J. in Kierspe stattfinden. Daran werden etwa 12–15 000 Jugendliche teilnehmen. Es ist ein Arbeitsauschuß unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Hildebrandt Kierspe und unter Hinzuziehung von Mitgliedern aus Turnerkreisen gebildet worden, die die Organisation übernommen haben. Wir werden bei dieser Veranstaltung die Darbietungen von politischen und unpolitischen, von turnerischen und sportlichen Verbänden im friedlichen Wettbewerb zu sehen bekommen. Leider hat man getrennte Gottesdienste vorgesehen für katholische und evangelische, denen die nicht kirchlich gerichteten Kreise natürlich fernbleiben. Im Interesse der Einheitlichkeit im deutschen Gedanken würde es doch wohl zu wünschen sein, wenn man sich dahin einstellte, daß statt dessen eine gemeinsame Feierstunde zustande käme,

in der jede Richtung das Wort ergrieff. Es wird kein Zweifel darüber bestehen, daß die Kiersper die Veranstaltung der Würde entsprechend aufziehen werden. Darüber gab uns das Reitturnier, das Gaudiumfest und nicht zuletzt auch das Schützenfest die volle Zusage.

Ein neuer Landvolkprozeß.

Anklage wegen Aufreizung zum Steuerstreik.

Im Rathause in Iphoe wird am 14. Juli ein neuer Landvolkprozeß beginnen. Der Hauptangeklagte ist der Landvolkführer Wilhelm Hamkens-Niebuß. Außer ihm sind u. a. noch der frühere Hauptschriftleiter des „Landvolk“, Bruno von Salomon, und die aus der Bombenaffäre bekannten Wessche und Johnson angeklagt. Die Anklage lautet auf Aufreizung zum Steuerstreik.

Lokomotivführer Nordhaus freigesprochen

Ende des Buirer Eisenbahnprozesses.

Das Erweiterte Schöffengericht in Köln verkündete das Urteil gegen den Lokomotivführer Nordhaus und den Fahrdislenleiter Fischer. Beide waren angeklagt, durch Fahrlässigkeit das Eisenbahnunglück bei Buir im August vorigen Jahres, bei dem 16 Menschen zu Tode kamen und 56 schwer verletzt wurden, verursacht zu haben. Nordhaus wurde freigesprochen, während Fischer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

In der Begründung des Urteils heißt es, das Gericht sei zu der Überzeugung gekommen, daß der Angeklagte Nordhaus seine Pflichten nicht verletzt habe. Es sei festgestellt worden, daß er dreimal die Signale beobachtet und die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet habe. Dagegen sei der Fahrdislenleiter Fischer wegen fahrlässiger Transportgefahrdung zu verurteilen, da er einen falschen Vorsichtsbefehl habe ausstellen lassen. Es sei jedoch Strafausschlag, also Bewährungsfrist, in Aussicht genommen, damit der Angeklagte seiner Stellung nicht verlustig gehe. Die Strafausschlag könne jedoch noch nicht verkündet werden, da erst noch einige Erhebungen anzustellen seien. Die Kosten des Verfahrens werden, soweit sie Nordhaus betreffen, von der Staatskasse, soweit sie Fischer betreffen, von dem Verurteilten getragen.

Ueber drei Wochen in der Luft.

Die „City of Chicago“ im Fluge repariert.

Die Brüder Hunter kreisen mit ihrem Flugzeug „City of Chicago“ noch immer über Chicago. Ihre Flugzeit beträgt jetzt über drei Wochen. Die Maschine hat bisher 64 000 Kilometer zurückgelegt. Den Brüdern sind für ihren fabelhaften Flug

Hunderttausende von Dollar

versprochen worden. Als sich an einem der letzten Abende am Motor ihres Flugzeuges wieder Störungen bemerkbar machten, kletterte Kenneth Hunter zweimal aus der Führerkabine an den Motor heran und reparierte ihn „im Fluge“.

500 Morgen Wald niedergebrannt.

Das Riesenfeuer im Dessauer Wald.

Bis gegen Abend hat das verheerende Feuer in der Oranienbaumer Heide einen Waldbestand von etwa 500 Morgen vernichtet. Schließlich gelang es den vereinten Anstrengungen der Dessauer und der Beriber Garnisonen, der Technischen Nothilfe und etwa 20 Feuerwehren, einen Ring um das Feuergebiet zu ziehen. Die anhaltende Regierung begab sich an die Brandstätte, die von Tausenden von Menschen umlagert ist.

Was man noch wissen muß.

Zwei Vergleute verschüttet.

Auf Beche Wieche in Mülheim-Selken wurden durch niedergehende Gesteinsmassen zwei Häuser von der Luftzufuhr abgeschnitten. Trotz sofort eingeleiteter Vergungsarbeiten konnten die Verschütteten nur als Leichen geborgen werden.

Beschlagnahme von ostoberschlesischen Zeitungen.

Wegen Veröffentlichung der Entschlebung der Oppositionsparteien im Schlesischen Sejm wurden die Ausgaben der gesamten polnischen Oppositionspresse beschlagnahmt, darunter die „Kattowitzer Zeitung“ und der „Volkswille“.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 4. Juli.

Gastprüfungstermin im zweiten Bombenlegerprozeß.

Hamburg. Im sogenannten zweiten Bombenlegerprozeß ist die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Deshalb fand vor der Beschlußkammer des Landgerichts Altona ein Gastprüfungstermin statt. Der Erste Staatsanwalt beantragte die Aufrechterhaltung der Haftbefehle der noch in Haft befindlichen Angeklagten Dr. Hellmann, von Wilamowitz-Möllendorff, Koch und Hambro. Die Strafkammer hielt die erlassenen Haftbefehle aufrecht, sie beschloß jedoch, den Angeklagten Koch von der weiteren Untersuchungshaft gegen eine Sicherheit von 10 000 Mark zu verschonen.

Wieder Ruhe in Neumünster.

Neumünster. In Neumünster ist wieder Ruhe eingetreten. Die ärztliche Untersuchung des Kommunistenführers Timm hat ergeben, daß er von drei Schüssen getroffen worden ist. Ernsthafte Gefahr für Timm dürfte nicht bestehen. Gegen Timm ist wegen der Vorgänge in Neumünster ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet worden.

Der Landwirtschaftliche Genossenschaftstag an den Reichspräsidenten.

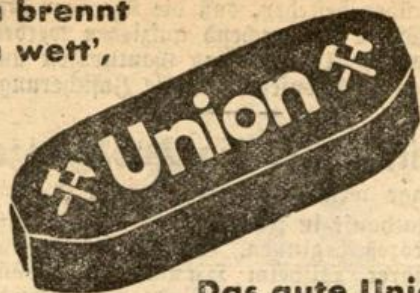
Stuttgart. Der Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Die Genossenschaften bekunden den einmütigen Willen, ihre ganze Kraft für die Erfüllung ihrer Aufgaben einzusetzen und durch äußerste Selbsthilfe der Landwirte zur Überwindung der ersten Not des deutschen Bauerntums beizutragen. Sie danken dem in vorbildlicher Pflichterfüllung das Wohl des Landes wahren Reichspräsidenten für seine verständnisvolle und besorgte Pflege des wichtigen Nährstandes und sind gewiß, auf die Förderung ihrer Zukunftsaufgaben von höchster Stelle rechnen zu dürfen.

Sieben Tote bei einem Explosionsunglück.

London. In der Fabrik der Firma Hildsons Ltd. in Castleford ereignete sich eine schwere Explosion. Die Erschütterung war so groß, daß eine halbe Meile im Umkreis die Fensterscheiben eingedrückt und die Häuser beschädigt wurden. Das Gelände der Fabrik gleicht nach der Katastrophe einem Trümmerfeld. Bisher sind sieben Tote geborgen und 14 Personen mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht worden. Es ist nicht genau bekannt, wieviel Personen sich zur Zeit der Explosion in der Fabrik befanden, doch befürchtet man, daß sich die Zahl der Opfer noch erhöhen wird.

Schriftleitung: Wllh. Bell jr., Halver i. Westf.

Am besten brennt
worauf ich wett',



Das gute Unionbrikett!

Bekanntmachung.

Die
Zweigstelle unserer Kasse ist vom heutigen Tage
ab nach Schalksmühle, Bahnhofstraße 1 verlegt

und wird hinfert entsprechend ihrer Erweiterung durch einen
Sparkassenbeamten selbständig verwaltet. Wir sind damit den
vielfach an uns herangetretenen Wünschen der Bevölkerung
nachgekommen und bitten nun unsererseits die Zweigstelle fleißig
zu benutzen zur mündelsicheren höchstverzinslichen Anlage der
Spargelder und Erledigung aller sonstigen Sparkassengeschäfte.

Halver, den 4. Juli 1930.

Amts-Sparkasse Halver.

Wie vorzüglich wäscht
Persil

**Turn- u. Spielvereine
Halver e. V.**

Samstag, den 12. Juli,
8 Uhr im Vereinslokal

Verammlung

Tagesordnung:

1. Aufnahmen,
2. Stiftungsfest,
3. Reichsjugendwettkämpfe,
4. Verschiedenes.

Der Turnrat.

Landwirtschaftl. Kreisverein
Altena.

Sprechttag

in Halver

Montag, d. 7. Juli
3—4 Uhr

Hotel zur Post

Wir
suchen in Halver
oder Umgegend
für sofort od. später eine
Wohnung
zu mieten.

Angebote unter T. 60
an die Geschäftsstelle des
Allg. Anzeigers Halver
erbeten.



Schwarze
Stute

7-jährig

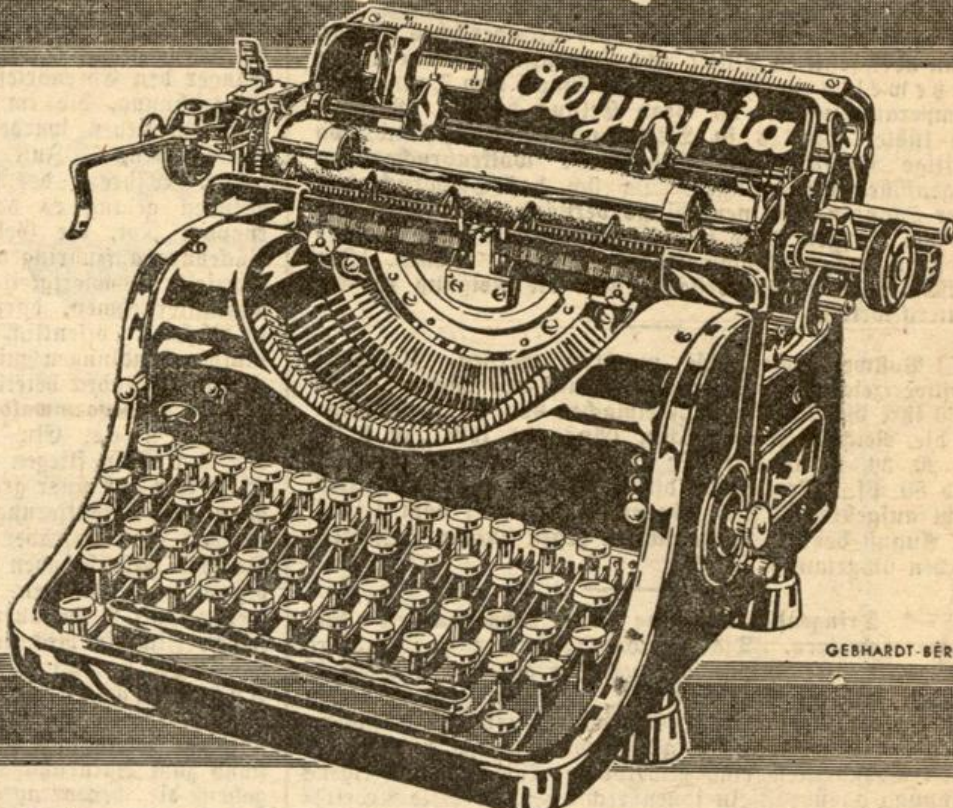
Rutschgeschirr
Sattel u. Kummer

Docquart
auf Gummi, wie neu,
zu verkaufen,
eventl. auch einzeln.

Anfragen in dies. Zei-
tung Hauptgeschäftsstelle
Halver oder Geschäftsst.
Kierspe.

Heimarbeit
schriftl. Vitals-Verlag
München.

Olympia



Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

BÜROS:

DORTMUND

Schmiedingstr. 16

Fernsprecher: Dortmund 34187

BERLIN N 24, Friedrichstr. 110-112 (Haus der Technik;
BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90; DORTMUND, Süd-
wall 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DÜSSELDORF,
Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; Frank-
furt a. M., Friedensstraße 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-
Str. 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN,
Weidenburgstr. 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG,
Nicolaisstraße 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-
Straße 11; MANNHEIM, Q 7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger
Straße 3 (Roman Mayrhaus); NÜRNBERG, Lorenzer
Platz 12, III; STUTTGART, Tübinger Straße 33

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters.

Statt besonderer Anzeige!



Was Gott tut, das ist wohlgetan!

Heute morgen verschied sanft nach langem,
schwerem Leiden, jedoch plötzlich und uner-
wartet unser guter, treusorgender Vater, Schwie-
gervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Bornefeld sen.

im 71. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Oberbrügge, Augustenthal, Hagen und
Halver, den 4. Juli 1930.

Die Beerdigung findet am Montag, den 7. Juli, nach-
mittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.
Trauerfeier 1/2 Stunde vorher.



Tretet her ihr meine Lieben,
Nehmet Abschied, weint nicht mehr,
Hilfe konnt ich nicht mehr finden,
Meine Wunden war'n zu schwer.

Heute nachmittag 2 Uhr starb plötzlich
und unerwartet, infolge Unglücksfalles, unser
lieber Sohn und Bruder, Neffe und Vetter

Herbert Grüterich

im Alter von beinahe 18 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden
Hinterbliebenen:

Familie Fritz Grüterich.

Nieder-Herweg, den 4. Juli 1930.

Die Beerdigung findet statt am Montag, 7. Juli,
nachm. 2 1/4 Uhr vom Trauerhause aus statt.



Tue Herr was Dir gefällt,
Kindlich will ich Dir vertrauen,
Ob mein Erdenglück zerschellt,
Nimmer soll mir grauen,
Wenn mich Deine Rechte hält,
Tue Herr was Dir gefällt.

Heute morgen 9 Uhr ent-
schlief unerwartet an den Folgen
eines Unglücksfalles unser liebes
Söhnchen und Brüderchen

Rudi

im Alter von 2 Jahren.

Tiefbetrußt und um stille
Teilnahme bittet:

Familie Wilh. Halverscheid.

Mesenhohl, Post Carthausen,
den 4. Juli 1930.

Die Beerdigung findet am Montag,
den 7. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr vom Trauer-
hause aus statt.

Trauerfeier 1/2 Stunde vorher.



Landwehr-Verein
Oberbrügge.

Zur Teilnahme an
der Beerdigung un-
serer verstorbenen
Kameraden

Wilh. Bornefeld
Oberbrügge

tritt der Verein
am Montag, d. 7. cr.
nachm. 2,30 Uhr
am Vereinslokal an.
Vollzählige Betei-
ligung ist Ehren-
pflicht und erwartet
Der Vorstand.



Nachruf.

Plötzlich durch Unglücksfall wurde unser
jugendlicher Mitarbeiter

Herbert Grüterich

aus unserer Mitte abberufen.

Seit seiner Schulentlassung war er in un-
serer Mitte, ein freundlicher, gefälliger Junge,
gut gelitten von allen.

Wir sichern ihm über das Grab hinaus ein
ehrendes, dauerndes Andenken.

Er ruhe in Frieden.

Inhaber, Angestellte und Arbeiter
der Firma Aug. Grote Oberbrügge.

Deutschnationale Volkspartei
Ortsgruppe Halver.

Dienstag, 8. Juli, 6 Uhr nachm. im Haus z. Fuhr

Vortrag:

Wie steht es heute mit der Deutschnationalen
Volkspartei und ihrem Führer Dr. Hugenberg?

Der Redner Herr Landesgeschäftsführer A.
Schwinker ist berufen und in der Lage, über diese
schwerwiegenden Fragen erschöpfend Auskunft zu
erteilen.

Ortsgruppe Halver.

Mütterberatungsstunde
findet statt am Dienstag,
dem 8. ds. Mts., nachm.

4 Uhr in der Gastwirtsch.
Geckfeld in Schalks-
mühle Halverstraße.
Halver, den 3. Juli 1930.
Der Bürgermeister.



Junge tragende
Ruh oder
Kind

fucht zu kaufen

Emil Tacke,
Kreimendahl,
Tel. 205.



**Schönheit
der Augen**

ist Schönheit des ganzen Menschen. Tränen
ihre Augen, sind sie gerötet, entzündlich,
verklebt, haben Sie schwache oder
angestrenzte Augen, dann versuchen
Sie es mit Apoth. P. Grundmanns Cosmesticum.

Augenlid-Crème

Preis Mk. 2.— Sie werden zufrieden sein.

Ärztliche Gutachten.

Viele Dankschreiben. Prospekte gratis.

Apoth. P. Grundmann, Berlin SW 217.

Friedrichstraße 208.

Waschtörbe

zu haben bei:
Wilh. Bell jr., Halver.